

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 04.12.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 17:20 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	ab 18:10 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:20 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Manfred Sommer	MitBURGER für Halle	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Claudia Cappeller	SKE	ab 17:25 Uhr
Herr Christian Feigl	SKE	
Herr Christian Gluse	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	ab 17:20 Uhr
Herr Rainer Köhne	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	ab 18:10 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Martina Wildgrube	FDP
Frau Undine Klein	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.11.2012
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948
 - 4.2. Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362
 - 4.3. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 55 "Dörlau West" Beschluss zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens
Vorlage: V/2012/11045
 - 4.4. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
 - 4.4.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291
 - 4.4.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284
 - 4.5. Baubeschluss zum Bau eines Radeweges in der Kröllwitzer Straße
Vorlage: V/2012/11215
 - 4.5.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Gestaltungs- und Baubeschluss zum Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße" (Vorlagen-Nr. V/2012/11215)
Vorlage: V/2012/11307
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239
 - 5.2. Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang zum Göbelbrunnen
Vorlage: V/2012/10421
 - 5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens
Vorlage: V/2011/10214
 - 5.4. Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964
 - 5.5. Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: V/2012/10433
 - 5.6. Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik
Vorlage: V/2012/11069
 - 5.7. Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. aktuelle mündliche Informationen

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Anfragen von Hrn.Sommer zum Paulusviertel
- 8.2. Anfrage von Hrn. Dieringer zum Stadion - Sportdreieck
- 8.3. Anfrage von Hrn. Felke zur Novellierung der Landesbauverordnung
- 8.4. Anfrage von Hrn. Felke zur Dienstanweisung des OB
- 8.5. Anfrage von Hrn. Dr. Köck zu den Leitplanken an der Hochstraße
- 8.6. Anfrage von Hrn. Sommer zum Spielplatz Preßlersberg
- 8.7. Anfrage von Hrn. Sieber zum Göbelbrunnen
- 8.8. Anfrage von Fr. Schlüter-Gerboth zur Saline
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sängler eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Top 5.1 wird vertagt auf Januar

Top 4.4, 4.7 und 4.8 werden in den nicht öffentlich Teil verschoben

Top 3 wird vertagt auf Januar

Herr Feigl fragte, warum Top 3.1 im nicht öffentlichen Teil behandelt wird.

Herr Loebner erklärte, dass es sich um Fördermittel für private Bauherren handelt.

Die so geänderte Tagesordnung wurde abgestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.11.2012

Die Niederschrift vom 13.11.2012 wird im Planungsausschuss am 08.01.2013 behandelt.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948**

Herr Butz (Geschäftsführer der Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH) erläuterte die Vorlage.

Frau Ruhl-Herpertz teilte das Votum aus dem Ordnungs- und Umweltausschuss mit. Dort wurde eine 2. Lesung gewünscht.

Der Beschlussvorschlag sollte konkreter formuliert und die Finanzierung aufgeführt sein.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.

**zu 4.2 Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage der Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat einschließlich deren Terminisierung (siehe Anlage).

zu 4.3 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 55 "Dölau West" Beschluss zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens Vorlage: V/2012/11045

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 8 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Satzungsbeschlusses für den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 55 „Dölau West“.
(Satzungsbeschluss des Stadtrates vom 08.11.1995, Beschluss Nr. 95/I-14/250)
2. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 55 „Dölau West“.
(Aufstellungsbeschluss des Stadtrates vom 07.12.1994, Beschluss Nr. 94/I-05/82)
3. Das Aufstellungsverfahren zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 55 „Dölau West“ wird damit eingestellt.

zu 4.4 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10931

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 8 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

1.
 - ~~Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)~~
 - Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
 - UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)
 - Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
 - Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)
 - Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)

- Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

**zu 4.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Es wird ein zweiter Beschlusspunkt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

**zu 4.4.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird gestrichen:

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)

**zu 4.5 Baubeschluss zum Bau eines Radeweges in der Kröllwitzer Straße
Vorlage: V/2012/11215**

Herr Menn befürchtete, dass die kostengünstigere Variante der Verwaltung nicht ausreicht, wenn so viel Geld ausgegeben wird, sollte man gleich eine deutliche Verbesserung des jetzigen Zustandes erreichen.

Herr Sänger fragte, welche Kosten entstehen, wenn man dem Änderungsantrag zustimmt.

Herr Wagner erklärte, dass die Fördermittel begrenzt sind und alle Mehraufwendungen durch Eigenmittel gedeckt werden müssen.

Herr Dieringer fragte, ob der Fußweg, wenn er breiter wird, in den Berg hinein gehen muss.
Herr Wagner erklärte, dass der Fußweg um 2 m in den Hang geht und deshalb die Stützmauer entsprechend hoch gebaut werden muss. Die hohen Kosten entstehen durch die Gründung der Mauer, durch Verlegung von Energieanlagen und durch den im Untergrund stark verwitterten Fels.

Herr Dieringer fragte, ob die Kosten für den Felsabtrag schon berücksichtigt wurden.

Herr Wagner sagte, auf 45 m Länge sind die Kosten berücksichtigt.

Herr Dr. Fikentscher schlug vor, die Unfallgefahr durch Aufstellen eines Schildes „Radfahrer absteigen“ zu verhindern.

Herr Stäglin sagte, dass das Ziel ist, den Stadtratsbeschluss preiswert umzusetzen.

Herr Sieber war nicht begeistert über die Führung des Radweges über die Brücke im Fußgängerbereich. Die Führung neben der Hauptstraße, abgetrennt mit einer Linie, führt in eine spitze Ecke. Dort müsste der Radfahrer warten. Die Radwegführung sollte so sein wie am Steintor/Ludwig-Wucherer-Straße.

Herr Stäglin wies darauf hin, dass dies keine Änderung des Konzeptes ist, das wäre auch bei der kostenintensiveren Variante so.

Herr Möbius sagte, dass die Baumaßnahme bis zur Talstraße geht und nun muss überlegt werden, wie es für den Radfahrer weitergeht. Umstritten ist die Abmarkierung eines Radweges auf dem Fußweg. Der Vorschlag wäre, die Vorlage als gegenwärtigen Stand zu betrachten, dem weitere Überlegungen für die räumliche Weiterführung folgen.

Herr Sänger fasste zusammen, dass man jetzt nur den bautechnischen Teil betrachtet und über den Anschluss des Radweges wird weiter diskutiert.

Herr Dr. Fikentscher fragte, ob jetzt gebaut wird und nicht klar ist wie es weiter geht.

Herr Möbius antwortete, dass der Radverkehr auf der Brücke auf der Fahrbahn zu führen ist. Diese Lösung hat Bestand, auch wenn diese Baumaßnahme realisiert ist. Dann müsste eine vernünftige Lösung gesucht werden, wie man an den neuen Radweg anbindet. Eine separate Abmarkierung des Radverkehrs auf der Fahrbahn würde zur Folge haben, dass der Kfz-Verkehr komplett auf den Schienen fahren muss. Das würde wieder vermehrt zu Rückstau führen, dem man mit der jetzigen Lösung entgegen wirken will.

Herr Sieber schlug vor, die Führung von der Straße auf den Radweg nicht im rechten Winkel zu planen. Der eingezeichnete Weg erscheint recht schmal. Ist das ein Fehler?

Herr Wagner erläuterte, dass es sich bei der Darstellung nur um den neuen Teil des Radweges handelt. Der Radweg wird 1,20 m und der Fußweg 1,50 m breit sein. Zum Ende verbreitern sich der Radweg auf 2,10 m und der Fußweg auf 2,90 m.

Herr Sieber fragte, ob der Radweg einen anderen Belag bekommt.

Herr Wagner sagte, dass ein anderer Belag (Asphalt) vorgesehen ist und zusätzlich eine Markierung. Aufgrund der Gefällesituation ist vorgesehen, kurz vor der Haltestelle auf Pflaster zu wechseln, damit der Radfahrer auf die Haltestelle aufmerksam wird.

Herr Sprung fragte, ob es förderschädlich ist, diese Maßnahme zu beschließen, wenn eine abschließende Untersuchung der Weiterführung des Radverkehrs über die Brücke geklärt ist. Sind dann die Fördermittel in Gefahr?

Herr Wagner antwortete, dass die Baumfällungen im Februar 2013 erfolgen müssen, da sonst die Fördermittel verfallen.

Herr Sänger sagte, dass der Stadtrat die Verwaltung beauftragt hat und dem nur entsprochen wird. Für die noch nicht förderfähige Fortsetzung des Radweges kann zu einem späteren Zeitpunkt eine Lösung vorgeschlagen werden.

Herr Sieber befürchtete, dass die Radfahrer auf den Fußweg umschwenken, um die Rüttelflächen zu umfahren. Die Rüttelflächen sollten bis zur Wand ausgedehnt werden.

Herr Wagner nahm den Hinweis auf.

Herr Stäglin erklärte, dass der Anschluss des Radweges über die Brücke noch mal am Runden Tisch Radverkehr diskutiert und über das Ergebnis im Planungsausschuss informiert wird.

Herr Feigl fragte, was ein gerüttelter Bereich sein wird.

Herr Wagner antwortete, dass der Radfahrer kein gutes Fahrgefühl haben soll und deshalb aufmerksamer sein wird. Dieser Bereich wird mit maximaler Sicherheit für den Radfahrer hergestellt.

Herr Felke fragte, wie die alternative Variante am Runden Tisch Radverkehr aufgenommen worden ist.

Herr Wagner sagte, dass es keinen Widerspruch gegeben hat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der alternativen Variante eines Radweges in der Kröllwitzer Straße als Grundlage für die weitere Planung wird zugestimmt.
2. Der Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße wird gemäß Pkt. 1 beschlossen.
3. Der-Gestaltungsbeschluss V/2011/09498 vom 27.04.2011 wird aufgehoben.

**zu 4.5.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Gestaltungs- und Baubeschluss zum Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße" (Vorlagen-Nr. V/2012/11215)
Vorlage: V/2012/11307**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

- ~~1. Der alternativen Variante eines Radweges in der Kröllwitzer Straße als Grundlage für die weitere Planung wird zugestimmt.~~
2. Der Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße wird gemäß **Pkt. 4 dem Gestaltungsbeschluss V/2011/09498 vom 27.04.2011** beschlossen.
- ~~3. Der Gestaltungsbeschluss V/2011/09498 vom 27.04.2011 wird aufgehoben.~~

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

eine Fußwegekonzeption zu erstellen und dem Stadtrat bis Juni 2012 vorzulegen.

zu 5.2 Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang zum Göbelbrunnen
Vorlage: V/2012/10421

Herr Felke führte die stetig steigenden Kosten für die Barrierefreiheit am Göbelbrunnen auf. Der Antrag soll bis der Haushalt beschlossen worden ist zurückgestellt werden, um dann eine Lösung zu finden.

Abstimmungsergebnis: vertagt
bis der Haushalt beschlossen wurde

Beschlussvorschlag:

Der Zugang zum Göbelbrunnen für Rollstuhlfahrer wird realisiert.

zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens
Vorlage: V/2011/10214

Herr Stäglin betonte, dass die Stellungnahme vom November noch ihre Gültigkeit hat. Zurzeit fehlt die gesetzliche Grundlage, um das elektronische Baugenehmigungsverfahren einzuführen.

Herr Sängler schlug vor, den Antrag wieder aufzunehmen, wenn es vom Land eine Entscheidung gibt.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung eines elektronischen Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen. Zielstellung soll die Verringerung des Aufwandes für den Antragsteller und die Verwaltung sowie eine Beschleunigung der Verfahrensdauer durch Prozessoptimierung sein. Dem Antragsteller soll die Möglichkeit einer elektronischen Sachstands Auskunft eingeräumt werden.

zu 5.4 Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964

Herr Sängler fand beide Lösungen der Verwaltung nicht sonderlich gelungen. Was würde ein vernünftiger kleiner Bau an ansprechend sinnvoller Stelle kosten.

Herr Stäglin antwortete, dass eine schriftliche Antwort bis Februar vorliegen könnte.

Abstimmungsergebnis:

vertagt auf Februar

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung überprüft die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in unmittelbarer Nähe zur Ziegelwiese. Dabei sollen auch Varianten zur Finanzierung untersucht werden.

Über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet die Stadtverwaltung den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie den Planungsausschuss spätestens in den Sitzungen im November 2012.

**zu 5.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
 Vorlage: V/2012/10433**

Herr Sängler fragte, wo steht, ob die Herstellung der Zweispurigkeit am Robert-Franz-Ring förderschädlich ist. Die Stadt hat eine Brücke gebaut, die gefördert wurde, eine größere Brückenplatte, die auch gefördert wurde, die erst nötig wird, wenn eine Zweirichtungsfahrbahn entsteht.

Herr Möbius antwortete, dass der Stadtratsbeschluss so gefasst wurde, dass zu einem späteren Zeitpunkt ein Umbau auf Zweirichtungsfahrbahnen möglich ist. Die Verkehrsanlage auf der nach dem Beschluss geschaffenen großen Brückenplatte ist aber für den Einrichtungsverkehr finanziert worden. Wenn vom Robert-Franz-Ring Verkehr zugeführt wird, ist nicht auszuschließen, dass es zu Stauerscheinungen am Glauchaer Platz kommt. Die behinderungsfreie Fahrt der Straßenbahn ist dann nicht mehr gewährleistet.

Herr Sängler warf ein, dass man damals die Brückenplatte nicht hätte erweitern müssen.

Herr Stäglin sagte, da nicht zusätzlich ausgebaut wird und der bestehende Querschnitt vorliegt, wird jetzt darüber diskutiert, ob mit dem bestehenden Querschnitt der Zweirichtungsverkehr freigegeben werden kann.

Es ist unbenommen, unter dem Gesichtspunkt von Finanzpriorität in den nächsten Jahren die Diskussion zu führen. Hier hat man langfristig geplant, was damals auch ein Thema war.

Herr Sängler fragte, was aus dem Bauloch an der Spitze wird, was kommt da an Verkehr dazu? Der Vorschlag war, die Verkehrsströme, die aus nördlicher Richtung kommen an der Ankerstraße zu spalten, einmal über Ankerstraße Richtung Neustadt und der andere Teil in Richtung Innenstadt zu leiten. Wenn die Spitze noch bebaut wird, mit einer Einrichtung, die erhöhten Bedarf an Zufahrten und Abfahrten hat, hätte man dies damals mit bedenken müssen.

Herr Felke war über die Argumentation verwundert. Die Entscheidung wäre damals anders ausgefallen, wenn man gewusst hätte, dass man 15 Jahre gebunden ist und nichts passiert. Kann man für eine begrenzte Zeit eine Situation herbeiführen, in der man Erfahrung sammelt wie der Verkehr funktioniert.

Ist es richtig, dass die Brücke in der breiten Variante gebaut worden ist, aber die Gleisbettung der Straßenbahn nur auf einen Einrichtungsverkehr ausgelegt ist?

Herr Möbius antwortete, dass es einen Fahrstreifen für den KFZ Verkehr in Richtung Glauchaer Platz gibt, der das Gleis mit beanspruchen muss. Die Straßenbahn würde mit im Stau stehen, wenn verstärkt Verkehr auf dieser Verbindung zugelassen wird. Die Möglichkeit der Splittung ist gegeben, aber es ist keine Zwangssplittung möglich. Es entscheidet jeder Kraftfahrer selbst, welche Strecke er fährt. Es wurden Verkehrszählungen durchgeführt, die zeigen, dass der Verkehr am Hallorenring zunimmt.

Herr Dieringer fragte, ob mit dem Fördermittelgeber gesprochen wurde, ob der Beschluss fördermittelschädlich ist oder ist das eine Herangehensweise aus Aktenlage.

Herr Sänger sagte, dass die Verwaltung diese Frage schriftlich beantworten möge.

Herr Feigl fragte, ob ein dringender Bedarf besteht, an dieser Stelle die Verkehrsführung zu ändern? Vor kurzer Zeit wurde dort eine Verkehrsanlage erneuert und an dieser Stelle funktioniert der Verkehr gut.

Herr Dr. Köck sagte, dass der Verkehr zwischen Hallmarkt und Spitze groß ist, da sollte abgewartet werden welche Bebauung die Spitze haben wird.

Herr Sänger modifizierte seinen Vorschlag, mit der Antwort zur Fordermittelschadlichkeit zu warten bis die Spitze bebaut wird.

Herr Sprung sagte, dass Ortskundige ihre Wege kennen, aber für nicht Ortskundige sollte der Ring benutzerfreundlich gestaltet werden. Einen Test durchzuführen wäre sinnvoll.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring zwischen Mansfelder Straße und Ankerstrae als Zweirichtungsverkehr einzurichten.

**zu 5.6 Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik
Vorlage: V/2012/11069**

Herr Menn merkte an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen ähnlichen Antrag gestellt hatte.

Frau Schlüter-Gerboth schlug vor Frau Dr. Sitte davon zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. Ein Konzept zu entwickeln, wie Daten aus Sessionnet und anderen öffentlichen Quellen transparent für Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden können.
2. Dafür sollen schon veröffentlichte, in Vorbereitung befindliche Ratsvorlagen, Bebauungspläne und ähnliches mit Schlagworten versehen, georeferenziert und in einer Karte anschaulich nach Stadtteilen und Straßen sortiert werden.
3. Die Aufarbeitung ist auf der Homepage der Stadt anschaulich zu zugänglich zu machen.

**zu 5.7 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung nimmt Verhandlungen mit dem Ziel auf, dass mit Hilfe der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und in Abstimmung mit der Evangelischen Paulusgemeinde Halle eine dauerhafte Illumination der Pauluskirche erreicht wird.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 aktuelle mündliche Informationen

Herr Stäglich informierte über:

- den momentanen Aufbau der neuen Struktur der Verwaltung
- die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, Objekt Halle-Neustadt, Hettstedter Straße 2

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfragen von Hrn.Sommer zum Paulusviertel

Die Anfragen wurden im Vorfeld schriftlich eingereicht.

1. Welches Ergebnis brachte die Prüfung der baurechtlichen Möglichkeit das Bauvorhaben Wohnpark Paulusviertel nach § 34 BauGB zu genehmigen?
2. Inwieweit wurden die Auswirkungen des Bauvorhabens auf das Grundwasser in die Prüfung einbezogen?
3. Ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes notwendig und geplant?

Herr Stäglich beantwortete die Fragen.

- zu 1. Es gibt jetzt den Bauantrag des Vorhabenträgers, in dem das Projekt mit nur einem Bauantrag durchgeführt werden soll. Es erfolgt eine Prüfung, ob der Bauantrag nach § 34 BauGB möglich ist.
- zu 2. Es wird ein Baugrundgutachten geben.
- zu 3. Bei einer Beurteilung des Vorhabens nach § 34 BauGB ist die faktische planungsrechtliche Situation auf dem Baugrundstück und in dessen Umfeld entscheidend. Die Darstellung des Flächennutzungsplanes wird für diese Beurteilung nicht herangezogen. Eine Änderung des Flächennutzungsplanes ist nicht geplant.

zu 8.2 Anfrage von Hrn. Dieringer zum Stadion - Sportdreieck

Herr Dieringer bezog sich auf seine Anfrage aus dem Planungsausschuss vom 11.09.2012 zum Sportdreieck – Stadion. Er ist überrascht, wieso laut Antwort der Verwaltung das Sportdreieck nicht im Bebauungsplan enthalten ist. Aus den Unterlagen der Vorlage gehen Nutzungen für das gesamte Sportareal hervor. Es geht klar hervor, dass das gesamte Areal Stadion und Sportdreieck im Bebauungsplan enthalten ist.

Herr Stäglich sagte eine Prüfung zu und erklärte, dass der Bebauungsplan das Sportdreieck umfasst.

zu 8.3 Anfrage von Hrn. Felke zur Novellierung der Landesbauverordnung

Herr Felke fragte nach der Stellungnahme der Stadt an den Städte- und Gemeindebund zur Novellierung der Landesbauordnung. Sind alle Positionen der Stadt Halle berücksichtigt worden?

Herr Stäglin sagte, dass unsere Stellungnahme abgegeben wurde, durch die Zeitknappheit konnte aber keine Information an den Stadtrat gegeben werden. Wenn der Abgleich vorliegt, kann die Frage beantwortet werden.

zu 8.4 Anfrage von Hrn. Felke zur Dienstanweisung des OB

Herr Felke erkundigte sich nach der Dienstanweisung Nr.1 des Oberbürgermeisters Absatz 5, ob und inwieweit eine regellose Zeit entsteht.

Herr Stäglin antwortete, dass es für die Verwaltung eine zweite Dienstanweisung gab, in der die Umorganisation der Verwaltung transportiert wird. In Fachbereichen, die durch die Umorganisation mit neuen Leitungskräften versehen werden sollen, gibt es vorerst Personen, die mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt worden sind.

zu 8.5 Anfrage von Hrn. Dr. Köck zu den Leitplanken an der Hochstraße

Herr Dr. Köck fragte nach der Antwort zu den Leitplanken an der Hochstraße.

Herr Stäglin antwortete, dass die Antwort abgezeichnet und auf dem Weg ist.

zu 8.6 Anfrage von Hrn. Sommer zum Spielplatz Preßlersberg

Herr Sommer fragte nach dem Ergebnis der Bürgerversammlung zum Thema Preßlersberg. Welche Bäume werden gefällt.

Herr Stäglin sagte, dass ein Externer beauftragt wird, die Robinien auf der Ostseite zu begutachten. Zu den Wildkirschen gibt es noch kein Ergebnis, der Bauzaun wurde umgestellt und weitere Maßnahmen wurden durchgeführt.

zu 8.7 Anfrage von Hrn. Sieber zum Göbelbrunnen

Herr Sieber fragte, was der Künstler für ein Recht hat, Einfluss auf das Umfeld zunehmen? Aus welchem Gesetz geht das hervor?

Herr Loebner antwortete, dass man ohne Zustimmung des Künstlers, bewusst in eine gerichtliche Auseinandersetzung geraten würde.

zu 8.8 Anfrage von Fr. Schlüter-Gerboth zur Saline

Frau Schlüter-Gerboth fragte, woher das Geld für das Technikum Museum auf der Saline kommt.

Die Verwaltung antwortet schriftlich.

zu 9 Anregungen

Herr Menn regte an, zukünftig bei Ausschusstagungen Steckdosen für Laptops bereit zu stellen.

Herr Kautz regte an, die Ergebnisse der automatischen Verkehrszählungen (Zählplatten) der letzten Wochen als Information dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Dieringer regte an, die Pläne an den Vorlagen im Internet zu betrachten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.01.13

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Frank Sänger
Ausschussvorsitzender

Andrea Schönberg
Protokollführerin